

SPD-Fraktion

Land und Gemeinden werden finanziell erdrosselt

Als skandalös hat SPD-Fraktionschef Professor Dr. Friedhelm Farthmann die Verteilung der bis 1994 erwarteten Steuermehreinnahmen in Höhe von 103 Milliarden Mark bezeichnet. „Von dieser ungeheuren Steuererschwemme kassiert der Bund über 80 Milliarden Mark“, stellte Farthmann fest. Die neuen Bundesländer profitierten mit 17 Milliarden, die EG mit elf Milliarden Mark Plus von den Steuererhöhungen. Skandalös sei aber, so Friedhelm Farthmann weiter, daß

den alten Ländern Mindereinnahmen von fast sieben Milliarden Mark auferlegt würden und die Gemeinden in den alten Ländern ein Minus von fast zwei Milliarden Mark erwarteten.

Finanzminister Heinz Schleußer hatte vor der SPD-Fraktion zuvor die Eckdaten des Landeshaushaltes 1992 mit geschätzten 67,5 Milliarden Mark Einnahmen mitgeteilt. Er wolle dem Kabinett ein „Überrollen“ der 91er Haushaltsdaten vorschlagen. Schleußer: „Das Halten dessen, was wir bisher erreicht haben, wird jetzt für einige Jahre das Optimale sein.“ Die Steuereinnahmen des Landes würden im nächsten Jahr zu 88 Prozent aufgezehrt durch Personalkosten (53), Schuldendienst (14) und Zuweisungen an die Gemeinden (21).

„Diese Entwicklung ist das Gegenteil dessen,

was im Lande draußen noch immer diskutiert wird“, faßte Friedhelm Farthmann zusammen. Dort werde oft noch so getan, als ob das Land enorme Steuergewinne habe und immer mehr leisten könne. Farthmann zitierte Fritz Halstenberg: „Es gibt Situationen, die sind so ernst, daß nur noch die Wahrheit hilft.“

Eine Ausweitung von Landesleistungen sei unter den bisher geltenden Bedingungen nicht möglich, stellte der Fraktionsvorsitzende fest: „Wenn Teilen mit den neuen Ländern angesagt ist, dann muß auch offen ausgesprochen werden, was das kostet.“ Allerdings werde Nordrhein-Westfalen es nicht hinnehmen, daß der Bund satte Steuergewinne einfahre, die Länder und Gemeinden im Westen aber finanziell erdrosselt würden.

CDU-Fraktion

Gutachter-Empfehlungen zügig umsetzen

Für die CDU-Landtagsfraktion hat deren innenpolitischer Sprecher, Heinz Paus, die Ergebnisse eines wissenschaftlichen Gutachtens über die Situation der 35000 Schutzpolizisten in Nordrhein-Westfalen begrüßt. „Die Landesregierung sollte die wesentlichen Forderungen dieses Gutachtens in einem überschaubaren Zeitrahmen umsetzen. In jedem Fall sollte der für die Umsetzung in Betracht kommende zeitliche Rahmen knapper bemessen sein als die Zeit, die sich die Landesregierung mit der Erstel-

lung des Gutachtens — eine Initiative der CDU — genommen hat“, erklärte der CDU-Politiker.

Es sei nicht länger hinzunehmen, daß ein Schutzpolizist, „der einen Verkehrsunfall aufnimmt, Zeugen vernimmt und vor Ort viele ad-hoc-Entscheidungen treffen muß, so mies dafür entlohnt wird“, sagte Paus. „Erst eine Bezahlung, die sich an den tatsächlichen Leistungen und Aufgaben der Schutzpolizisten orientiert, wird den zehntausendfachen Frust bei unserer Polizei abbauen. Motivation und Eigeninitiative unserer Schutzpolizisten gilt es zu fördern. Darum werden wir in dem zuständigen Landtagsausschuß den Innenminister drängen, die erforderlichen gesetzlichen und laufbahnrechtlichen Änderungen in Angriff zu nehmen. Einen Verschiebebahnhof wird es mit uns nicht geben.“

★

Die sofortige Rücknahme ihres Gesetzentwurfes über Tageseinrichtungen für Kinder hat die CDU-Landtagsfraktion NRW von der nordrhein-westfälischen Landesregierung gefordert. „Bei der Anhörung des Landtagsausschusses für Kinder, Jugend und Familie haben alle wichtigen Betroffenen ein einhelliges und vernichtendes Urteil über den Gesetzentwurf der Landesregierung gefällt. Sie haben in vielen Punkten die Kritik des Gesetzentwurfes durch die CDU-Landtagsfraktion untermauert“, erklärte der familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Antonius Rösenberg.

Der CDU-Politiker forderte die Landesregierung auf, einen neuen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die wichtigen Ergebnisse der Anhörung berücksichtigt.

F.D.P.-Fraktion

Neue Impulse in der Strukturpolitik

Die F.D.P. in NRW hat bisher als einzige Partei ein tragfähiges und konsensfähiges Konzept für die Energie- und Strukturpolitik in den Montanregionen entwickelt. Mit den Energiepolitischen Eckpunkten vom 13. Juni 1991 und dem Plenar-Antrag „Strukturinitiative Montanregionen“ vom 2. Juli 1991 macht die F.D.P.-Landtagsfraktion Vorschläge, die auch einigungsfähig sind.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion hat als erste — auch bundesweit — die Initiative ergriffen und will mit ihren Vorschlägen nicht nur auf die

Landespolitik, sondern auch auf die Bundespolitik einwirken. NRW wird sich in der Energiepolitik nicht gegen den Rest der Welt durchsetzen können, sondern nur, wenn es sich konsensfähig macht gegenüber der Bundesregierung, dem Bundestag, den anderen Bundesländern und der stromverbrauchenden Wirtschaft.

Daß der von der F.D.P.-Landtagsfraktion NRW eingeschlagene Weg konsensfähig ist, zeigen erste Reaktionen, wie die der Ruhrkohle AG.

Die F.D.P. unterstreicht die Notwendigkeit des ständigen Strukturwandels für unsere Wirtschaft. Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere aber Nordrhein-Westfalen, das so stark in die internationale Arbeitsteilung eingebunden und einem weltweiten Wettbewerb ausgesetzt ist, hat sich

immer wieder den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen. Durch seine bevorzugte Lage in der Mitte Europas, das enorme Potential an gut ausgebildeten, hochmotivierten Arbeitnehmern und wettbewerbsfähigen Unternehmen sowie seine große Industriekultur bietet Nordrhein-Westfalen gute Voraussetzungen für den weiteren Ausbau seiner wirtschaftlichen Zukunft.

NRW braucht keine konservierenden Erhaltungssubventionen, sondern ein Wirtschaftsklima, das offensiv und selbstbewußt mit Mut zum Markt die Herausforderungen annimmt. Dazu hat die F.D.P.-Landtagsfraktion ein 10-Punkte-Programm vorgelegt.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Grüne wollen Freigabe von radioaktivem Schrott stoppen

Nach Erkenntnissen der Grünen im Landtag NRW ist die potentielle Belastung der Bevölkerung durch die Verwertung von „schwachradioaktivem“ Atomschrott erheblich größer als die Strahlenexposition in der Umgebung eines Atomkraftwerks. Die Grünen im Landtag fordern deshalb von der Landesregierung, die Betriebsgenehmigungen für die Siempelkamp Gießerei, Krefeld, die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), Duisburg, sowie die Kernforschungsanlage Jülich zu

widerrufen und mit Auflagen zu versehen, um das In-Verkehr-Bringen von radioaktivem Material und den damit verbundenen Anstieg der radioaktiven Belastung der Bevölkerung zu verhindern.

Mit Genehmigung der Behörden in Nordrhein-Westfalen wurden in den vergangenen Jahren mehrere tausend Tonnen radioaktiven Metallschrotts aus Atomanlagen in den Schrotthandel gebracht. Die NRW-Firmen GNS und Siempelkamp verfügen über aktuelle Genehmigungen, radioaktiven Schrott freizugeben. Auch die KFA Jülich gibt nach eigenen Aussagen unterhalb des Grenzwertes von 100 Bequerel/Kilogramm radioaktives Material ab. Im Normalbetrieb der bundesdeutschen AKW fallen jährlich rund 500 bis 1500 Tonnen schwachradioaktiven Schrotts an. Durch den begonnenen Abriß

von Atomkraftwerken entstehen weitere erhebliche Abfallmengen; allein für den THTR in Hamm ist mit 5000 bis 10000 Tonnen schwachradioaktiven Metallschrotts zu rechnen.

Dazu sagt Dr. Manfred Busch, energiepolitischer Sprecher der Grünen im Landtag: „Es ist nicht hinnehmbar, daß mit der Freigabe solchen Schrotts eine unkontrollierbare radioaktive Verseuchung geduldet wird — nur damit die Atomwirtschaft Lagerkosten spart und Schrotterlöse erzielen kann. Das radioaktive Material muß im Verantwortungsbereich der Atomwirtschaft verbleiben, damit zumindest die Standards des Strahlenschutzes eingefordert werden können. Durch die bisherige Praxis wird die Bevölkerung völlig ungeschützt einer radioaktiven Strahlung ausgesetzt.“